



In eigener Sache

### Wechsel im Team

Eine gute Nachricht aus Berlin, die ich mit einem weinenden und einem lachenden Auge bekannt gegeben möchte: **Christina Reith, die seit 2005 mein Berliner Abgeordnetenbüro leitet, ist ab nächster Woche in Mutterschutz und Elternzeit!** Sie wird in dieser Zeit von Vanessa Brandes vertreten.

Ab dem kommenden Jahr kümmert sich **Anne Marquardt im Wahlkreisbüro um die Organisation der BPA-Fahrten** nach Berlin. Alle Kontaktadressen und Telefonnummern bleiben unverändert:

Anne Marquardt:

brigitte.zypries@wk2.bundestag.de

Vanessa Brandes:

brigitte.zypries.ma01@bundestag.de

# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

9. November 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

auf zwei Dinge kann man sich bei der Regierungskoalition wirklich verlassen: Erstens darauf, dass einmal getroffene Aussagen nicht lange Bestand haben und zweitens darauf, dass sie sich intern noch bei jedem einzelnen Thema in die Haare kriegt. Es wäre ja beinahe schon amüsant – wenn dieser Zustand nicht ein ernstes Zukunftsrisiko darstellen würde. Das tut er aber. Entscheidungen werden nicht oder viel zu spät getroffen, dringend notwendige Maßnahmen werden so verhindert oder verschleppt. Und die ständigen Streitigkeiten führen nur dazu, dass schließlich ein fadenscheiniger Kompromiss ausgehandelt wird, der nur dazu dient, die Wogen innerhalb der Koalition zu glätten. Bestenfalls hat er dann keine, im schlechteren Fall verheerende Wirkung. So geschehen auch bei den verantwortungslosen Vereinbarungen zu Steuerpolitik und Zahlungen an Menschen, die ihre Kinder zu Hause betreuen.

Dass mitten im Regierungschao auch einmal ein „Vorstoß“ wie beim Mindestlohn dabei ist, freut mich: Angela Merkels Plagiatspartei schreibt bei den richtigen Leuten ab! Zumindest scheinbar. Denn ob sie dann auch wirksam umzusetzen weiß, was so öffentlichkeitswirksam verkündet wurde, steht auf einem ganz anderen Blatt. Wir brauchen einen **echten gesetzlichen Mindestlohn**, nicht einen aus heißer Luft und Worthülsen!

Herzliche Grüße aus Berlin von

*Eurer / Ihrer Brigitta Zypries*



Amani Kinderdorf e.V.

### Freiwillige für Tansania gesucht!

Ab August 2012 bietet der Verein Amani Kinderdorf e.V. **sieben Freiwilligenstellen in Tansania** an. Die Dienste werden im Rahmen des „weltwärts“-Programms geleistet. Es gibt Stellen als Lehrerin oder Lehrer für Mathematik, Naturwissenschaften, Englisch und Computer, sowie zwei Plätze für Schreiner.

**Bewerbungen sind noch bis zum 18. November 2011 möglich!**

Weitere Informationen zum Programm und zu den Bewerbungsmodalitäten des Freiwilligendienstes gibt es auf [www.amanikinderdorf.de](http://www.amanikinderdorf.de). Der direkte Ansprechpartner für das Projekt ist Ulrich Siepe.

(E-Mail: [ulrichsiepe@t-online.de](mailto:ulrichsiepe@t-online.de),  
Telefon: 0 28 31 / 988 277)

### „Herdprämie“ statt Betreuungsplätze – die Regierung ist auf dem Holzweg

Jetzt ist es amtlich: **Das Statistische Bundesamt hat Zahlen vorgelegt, die zeigen, dass es voraussichtlich nicht gelingen wird, das angestrebte Ziel zu erreichen und bis zum Jahr 2013 ein ausreichendes Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren zu schaffen.** Die alten Bundesländer sind von den Zielvorgaben noch meilenweit entfernt – auch Hessen. Vom Kindergartenjahr 2013/2014 an gibt es aber für jedes Kind ab dem ersten Geburtstag einen rechtlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Das ist auch gut so. Es ist allerdings nicht akzeptabel, dass sich die Bundesregierung aus der Verantwortung entlässt und in zwei Jahren dann die Städte und Gemeinden mit Klagen überrollt werden.

**Anstatt jetzt den Kita-Ausbau vernünftig voran zu bringen, will die Koalition rund zwei Milliarden Euro ausgeben, um ein „Betreuungsgeld“ einzuführen** – für alle, die ihre Kinder zu Hause selbst betreuen. Das ist nicht nur geschlechterpolitisch rückwärtsgewandt – auch integrations- und wirtschaftspolitisch ist es unsinnig. Noch in der letzten Woche, anlässlich des 50. Jahrestages des Anwerbeabkommens mit der Türkei, hat die Bundesregierung laut getönt, **wie wichtig die sprachliche Förderung von Kindern für die Integration ist. Jetzt will sie eine Prämie allen denjenigen auszahlen, die ihre Kinder von Orten fernhalten, die genau das ermöglichen.**

**Das Vorhaben ist auch verfassungsrechtlich fragwürdig, denn es läuft dem Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes zuwider.** Es gibt nämlich keine Kompensationszahlungen für die Nichtinanspruchnahme öffentlicher Infrastruktur: Weder bezahlen wir Autofahrer dafür, dass sie die Straßenbahn nicht benutzen, noch drücken wir denjenigen ein paar Scheine in die Hand, die dieses Jahr noch nicht in der Oper waren! Am Mittwoch machen wir das Betreuungsgeld in einer Aktuellen Stunde des Bundestages zum Thema. **Es wäre dringend nötig, das Geld in den unterfinanzierten Betreuungsausbau zu stecken, damit der Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung finanziert werden kann – so sähe ein Beitrag zu Gerechtigkeit und Chancengleichheit in unserem Land aus.**



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zyprides@bundestag.de](mailto:brigitte.zyprides@bundestag.de).

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Fotos:  
[aboutpixel/](#) Mr.Nico (S. 2)  
[aboutpixel/](#) T.- Oliver Papoulias (S. 3)

## Doppelte Staatsangehörigkeit einführen – eine Gesetzesinitiative der SPD

Im „Brief aus Berlin“ vom 20. September hatte ich die Initiative zur doppelten Staatsbürgerschaft schon einmal erwähnt, jetzt wird es konkret: Am Donnerstag wird im Bundestag über einen Gesetzentwurf der SPD debattiert: Wir wollen das sogenannte Optionsmodell abschaffen. **Nach geltendem Recht müssen sich in Deutschland geborene Kinder von Ausländern mit Erreichen der Volljährigkeit zwischen der deutschen und der durch Abstammung erworbenen Staatsangehörigkeit entscheiden.** Wenn sich ein Kind bis zu seinem 23. Lebensjahr nicht entschieden hat, verliert es die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Folge sind große integrations- und verwaltungspraktische Probleme – seit Jahren.

**Die SPD will, dass diese Kinder beide Staatsangehörigkeiten dauerhaft behalten können. Auch Eingebürgerte sollen ihre alte Staatsangehörigkeit behalten dürfen.** Es gibt im Gesetzentwurf noch weitere Verbesserungen: Wir wollen den regelmäßigen Voraufenthalt von acht auf sieben Jahre verkürzen und dabei Zeiten der Duldung oder Aufenthaltsgestattung anrechnen. Die Sprachanforderungen und der Einbürgerungstest sollen angepasst werden, etwa für ältere Menschen oder Analphabeten, damit diese Instrumente nicht an der Realität vorbei gehen. Außerdem wollen wir, dass die Privilegierung der Ehegatten auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften ausgeweitet wird!

**Die aufgedrängte Entscheidung für eine der Staatsbürgerschaften ist keine Hilfe bei der Überwindung eines Konflikts – es verstärkt ihn. In zwei Kulturen verwurzelt zu sein bedeutet eben manchmal auch, zwei Heimaten zu haben.** Das muss kein Widerspruch sein, und es sollte nicht dazu führen, dass man sich am Ende nirgendwo zuhause fühlen kann. Ich finde, auch solche Lebensgeschichten sind deutsche Lebensgeschichten, sie haben hier Platz.

Im Anschluss an die Debatte gibt es eine namentliche Abstimmung – dann müssen alle Abgeordneten Farbe bekennen!